

Das „Ethos“ des Herrn Lohmar (SPD)

... und das Elend der Wissenschaft in Westdeutschland ein Jahr nach Veröffentlichung der Hochschul-Denkchrift des Wissenschaftsrates

Von Klaus Höpcke

Vor einigen Tagen, am 25. November, war ein Jahr vergangen, daß in Westdeutschland der sogenannte Wissenschaftsrat dem Bonner Bundespräsidenten Lübke eine dickleibige Denkschrift überreichte. Die Verwirklichung der darin entwickelten Vorstellungen sollte zur Überwindung der Krise des westdeutschen Universitätswesens führen. Diese Vorstellungen waren fast ausnahmslos durch das vorbildliche sozialistische Hochschulwesen unserer Republik und der Sowjetunion befruchtet. Forderungen wie die nach Vereinigung fachlicher Ausbildung und menschlicher Bildung, nach Erhöhung der Studentenzahlen, nach

Wahrung der Einheit von Lehre und Forschung, nach mehr finanziellen Mitteln für die Entwicklung der westdeutschen Universitäten u. a. konnten auf dem Hintergrund unserer Hochschulwirklichkeit als dringende Wünsche und Anliegen vieler westdeutscher Professoren, Dozenten und Studenten an den Bonner Staat in der Denkschrift formuliert werden.

Auch weiterblickende Kreise der westdeutschen Bourgeoisie erkannten, daß etwas geändert werden muß.

xistischen Denkens“, wie L. sich ausdrückte, „zu den Akten“ der Geschichte der Sozialdemokratie.

Gleichzeitig mühte sich Herr Arndt von Parteitag zu Parteitag immer wieder um ein Thema, das er nur spärlich verteilte: Parteien hätten „im Vorletzen“ zu wirken, die Aussage über „letzte Werte“, das Parteinehmen für eine Weltanschauung sei nicht ihre Sache. Es sagte im Oktober 1960, die Unmenschlichkeit breche aus (1), „sobald im Vorletzen, wie es jeder demokratischen Partei als Ort gebührt, eine letzte Wahrheit von Menschen zum Maßstab ... erhoben wird.“

Und ebenso gleichzeitig erklärte der katholische „Bildungs“chef der SPD, Willi Eichler, daß sich natürlich jede Politik irgendwie ideell orientieren müsse, Eichler polemisiert gegen eine „weltfreie Politik bloßer Zweckmäßigkeit“. Eichler erklärt, nicht die Grundwerte seien es, die die SPD von anderen politischen Gruppen unterscheiden müßten, sondern ihr Ernstnehmen und das Eintreten für sie ... Zeitschriften, Zeitungen und Schulen der SPD wur-

den weit für das Auftreten solcher militanter Vertreter des politischen Klerikalismus wie Jesuitenpater Gundlach geöffnet. Die rechte SPD-Führung war es, die in Nordrhein-Westfalen während der Zeit einer von SPD-Vertretern geführten Landesregierung für einen gewissen Hengsbach eine spezielle Ruhrgebiets-Diözese schuf. Vom SPD-Parteivorstand stammt eines der wenigen „Dankschreiben“, die Papst Johannes XXIII. in Rom für die neue Sozialenzyklika „Mater et magistra“ vom Sommer dieses Jahres erhalten hat. Man muß schon sagen: An Eifer und Heftigkeit fehlt es nicht bei den rechten SPD-Führern, wenn es ums Eichlersche „Ernstnehmen“ der „Grundwerte“ von CDU/CSU und FDP, wenn es ums Unterwerfen unter die Ideologie und Politik des Monopolkapitals geht. Also:

Tabula rasa - wovon? Vom Marxismus, vom Klassenstandpunkt der Arbeiter, von den Interessen des ganzen Volkes.

Tabula rasa - wofür? Für den Katholizismus, für den politischen Klerikalismus, dessen Grundthesen bekanntlich die Befürwortung des Einsatzes der Atom- und Wasserstoffbombe gegen die Völker des sozialistischen Weltsystems einschließen.



Mutiges Bekenntnis

Prof. Du Bois, Mitglied der KP der USA

Am 22. November 1961 erklärte der greise, 93jährige amerikanische Schriftsteller und Soziologe Prof. William Edward Burghardt Du Bois, Mitglied der Akademie der Künste und der Wissenschaften der Vereinigten Staaten, Träger des Internationalen Friedenspreises, seinen Eintritt in die kommunistische Partei der USA. Dieses mutige Bekenntnis des bekannten Friedenskämpfers zu einer Zeit, da die Regierung der USA die amerikanischen Kommunisten außerhalb des Gesetzes stellt und sie als Werkzeug einer ausländischen Macht diffamiert, da sie eine wilde Hexenjagd gegen die Mitglieder der KP der USA und alle aufrechten Demokraten inszenieren, zeugt davon, daß auch im Zentrum der imperialistischen Reaktion die Idee des Kommunismus lebt, daß sie sich nicht unterdrücken läßt und immer stärker wird.

Unterentwicklung greift weiter um sich

Was aber ist geschehen? Was haben die seither vergangenen zwölf Monate gebracht? Das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ veröffentlichte am 13. September 1961 einen mehrseitigen Artikel, der an Hand von Tatsachen aus westdeutschen Universitäten und Hochschulen den Nachweis führte: „Die Bundesrepublik - ein unterentwickeltes Land.“ Die 240 000 Studenten, mit denen die Verfasser der Wissenschaftsdenkschrift rechnen wollten, sind nicht erreicht, aber die Armee Strauß' hat 360 000 Mann unter NATO-Waffen - mehr als ursprünglich für Ende 1961 geplant. Wie sagte doch wenige Tage nach Veröffentlichung der Denkschrift der Fraktionschef der Adenauer-CDU, Krone? „Die Gelder für Strauß sind im Grunde Gelder für Kulturzwecke.“ (1)

Die Antwort der Bonner Ultras auf die Forderung nach freierer Forschung, die mit der Förderung der Einheit von Lehre und Forschung ausgesprochen war, die Antwort der Bonner Ultras auf diesen indirekten Angriff auf den staatsmonopolistischen Kapitalismus fiel nicht weniger drastisch aus. Der skandalöse Fall der Entlassung des Professors Dr. Eugen Sänger, des einzigen bekannten Raketenforschers in Westdeutschland, aus dem von ihm selbst begründeten und aufgebauten Internationalen Institut für Physik der Strahlentriebe in Stuttgart bewies zur Genüge, wie Strauß und Konsortium friedliche wissenschaftliche Arbeit und freie Forschung mit Füssen treten. Prof. Sänger gedachte, zur Eroberung des Welttraums durch die Menschheit beizutragen, nicht aber den westdeutschen Militaristen die Raketenwaffe zur Vernichtung von Menschen in die Hand geben zu helfen. Er „wurde gegangen“!

Und wie steht es mit der stärkeren menschlichen Bildung der Studenten durch die westdeutschen Universitäten, die gefordert worden war? Die militärische Verletzung der Studierenden wie der gesamten Jugend hat im völligen Gegensatz zu dieser Forderung gerade in dem vergangenen Jahr ein vorher kaum geahntes Ausmaß angenommen.

Auch die studentischen Vertretungen, die ASTA, gerieten stärker als früher in die Hände der Jünger Strauß' und Lemmers und verstärkten noch ihrerseits revanchistische Propaganda und Anti-DDR-Hetze. Der Fall der Heidelberger Studenten Sonntag und Naumann, die sich vom amerikanischen Geheimdienst als Spione gegen die Sowjetunion anheuern ließen und sich damit in den Dienst solcher kriegerischer Verbrechen wie Allen Dulles, beziehungsweise seines Nachfolgers McConne begaben, ist ein Symptom dieser äußerst gefährlichen Entwicklung, die von den demokratischen

Kräften an den westdeutschen Universitäten nicht unterschätzt werden darf.

So bestätigte sich auf vielfältige Weise die tiefe Wahrheit jener Mahnungen, die Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten der DDR an ihre westdeutschen Kollegen und Kommilitonen gleich nach Veröffentlichung der Wissenschaftsdenkschrift und seither immer wieder gerichtet haben: „Zwei Denkschriften stehen sich in Westdeutschland gegenüber: die Denkschrift der Generale vom 20. August und die Denkschrift der Professoren vom 23. November. Die Denkschrift der Generale muß fallen, wenn nach der Denkschrift der Professoren gehandelt werden soll. So ist die Zeit herangereift, in der Professoren und Studenten im Westzonenstaat um des Schicksals der Wissenschaft willen nicht umhin können, in breitem Ausmaß am Kampf der deutschen Nation gegen den westdeutschen Militarismus teilzunehmen.“ (Vergleiche „Universitätszeitung“ vom 7. Dezember 1960.)

Die bisher ungenügende Teilnahme westdeutscher Universitätsangehöriger an diesem Kampf gehört folglich zu den wichtigsten Ursachen der Tatsache, daß im westdeutschen Hochschulwesen die Unterentwicklung weiter um sich greift und weiter um sich greift.

Hindernisse,

die überwunden werden müssen

Wodurch wurden Professoren und Studenten in Westdeutschland gehindert, für ihre Interessen aktiv in Erscheinung zu treten? Sie wurden gehindert durch die Furcht vor dem Bonner Terror - die Schreckbilder der ungeheuerlichen Verjagung solcher aufrechten Persönlichkeiten wie Prof. Wegner, Prof. Hagemann und Frau Prof. Renate Riemck aus ihren Universitätsämtern vor Augen. Sie wurden gehindert durch Demagogie und Betrug der Adenauer-Regierung, die mit viel Geschwätz aller möglichen Expertenkreise über die Nichterfüllung der darin enthaltenen Grundforderungen zu verunsichern verstand.

Sie wurden gehindert durch die schamlose Politik und Propaganda der rechten SPD-Führer, die auch auf kultur- und hochschulpolitischem Gebiet ihre großbürgerlich-imperialistische und konterrevolutionäre Konzeption angewandt haben, woraus sich ergibt, daß sie in besonders hohem Maße für die Misere des Geisteslebens in Westdeutschland verantwortlich sind - spielten sie sich doch gerade vor den Intellektuellen als „Opposition“ gegen das Bonner Regime auf und verwirrten sie so die Geisteschaftenden um so mehr!

Wissenschaftsskeptizismus - Teil der Unterstützung des Monopolkapitals durch rechte SPD-Führung

Eng mit den Erscheinungen des Antikommunismus und der Kapitulation vor dem Katholizismus verknüpft sich in der „Kulturpolitik“ der Wehner-Brandt-Partei drittens der bekannte spätbürgerliche Fortschritts- und Wissenschaftsskeptizismus und -skeptizismus, der von „steigernder Gefährlichkeit“ der Wissenschaft an sich schwafelt (wie etwa Professor Plessner auf dem erwähnten Kongreß), statt die im imperialistischen System liegenden Ursachen des Mißbrauchs der Wissenschaft z. B. im Hitler- sowie im Adenauer-Staat aufzudecken und anzugreifen.

Ja, die von Plessner propagierten Auffassungen sind im Grunde genommen Teil der Unterstützung des Monopolkapitals durch die rechten SPD-Führer in zweierlei Hinsicht:

a) als Konstruktion einer „Gefahr“, die von der Wissenschaft ausgeht, also Ablenkung von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Imperialismus (diese Kon-

struktion „trägt“ bekanntlich auch die ganze Einleitung des Godesberger Programms);

b) als Prämisse der Propaganda gegen die Aneignung höherer Wissenschaft durch die Arbeiterklasse und alle Werktätigen, wie sie u. a. besonders für die Hetze der rechten SPD-Führer vom Schlage Waldemar von Koenigstein gegen den XXII. Parteitag der KPD/SED charakteristisch ist.

Von solchen Positionen aus ist es schon logisch unmöglich, für die Verwirklichung grundlegender Forderungen der Entwicklung der Wissenschaft einzutreten.

Was ergibt sich also ein Jahr nach Veröffentlichung der Hochschuldenkschrift des westdeutschen Wissenschaftsrates? Es ergibt sich die dringende Forderung, nun das nachzuholen, was in dem Jahr versäumt wurde, und sich an Aktionen gegen den militaristisch-klerikalen Bonner Staat auch nicht durch „kulturalistische“ Apostel der Wehner/Brandt-Partei hindern zu lassen.

Westdeutschlands Akademiker vor der Frage: Wer ist ein guter deutscher Wissenschaftler?

Worauf besteht die Hauptvoraussetzung für Aktionen der westdeutschen Wissenschaftler für die Interessen der Wissenschaft und des Friedens?

Die Hauptvoraussetzung dafür besteht in einem vorurteilsfreien, ordentlichen, kameradschaftlichen, ja freundschaftlichen Verhältnis der westdeutschen Wissenschaftler und Studenten zur Deutschen Demokratischen Republik, zu unserer Arbeiter- und Bauern-Macht, die die Zukunft der ganzen Nation repräsentiert. Der Versuch, nur einzelne hochschulpolitische Maßnahmen bei uns geschweigenen abzuschreiben und unter den Bedingungen der Aufrechterhaltung der historisch überholten und für die Existenz unseres Volkes gefährlichen Herrschaft der Monopole in Westdeutschland anzuwenden, ist zum Scheitern verurteilt. Notwendig ist das Ringen um grundlegende Veränderungen zugunsten der Friedenskräfte, deren Kern die westdeutsche Arbeiterschaft ist und die sich auf unsere Republik stützen, in der der Sozialismus zum Wohle des ganzen deutschen Volkes zum Siege geführt wird.

Gegenwärtig kristallisiert sich dieses Ringen im Kampf um den Abschluß des deutschen Friedensvertrages und um die Lösung der Westberlinerfrage, im Kampf gegen die Atom- und Raketenrüstung der Adenauer, Strauß und Schröder, im Bemühen um die Sammlung der demokratischen und friedliebenden Kräfte Westdeutschlands in einer größeren Bewegung, in der Abrechnung mit den Verräter-Führern der SPD.

Westdeutschlands Professoren und Studenten können nicht umhin, in diesem Ringen Position zu beziehen: für die Wissenschaft ist dabei notwendig gegen Militarismus und Imperialismus.

Die welthistorischen, wissenschaftlichen Siege der Völker der Sowjetunion, die jetzt dazu übergegangen sind, die kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten, insbesondere die neuen wissenschaftlichen Vorhaben, von denen die Dokumente des XXII. Parteitages der KPD/SED so übervoll sind, ermöglichen es den Wissenschaftlern auch in Westdeutschland - wenn sie nur die Fakten kennen - sich schneller als frühere Intellektuellen-Generationen zurechtzufinden und zu erkennen: So wie Eintreten für die Wissenschaft heute identisch ist mit dem Kampf gegen Militarismus und Imperialismus, so sind andererseits Wissenschaft und Sozialismus/Kommunismus untrennbar miteinander verbunden. Sozialismus und Kommunismus sind der ideale Boden für die Entfaltung und Blüte aller Zweige der Wissenschaft und für die Verwendung ihrer Ergebnisse nur zum Wohle des Menschen und für den Frieden der Menschheit.

Professoren und Studenten unserer Universitäten in der Deutschen Demokratischen Republik helfen den westdeutschen Wissenschaftlern die richtige Position zu beziehen, indem sie vor ihnen klar die Frage aufwerfen und beantworten: Wer ist ein guter deutscher Wissenschaftler? Dabei handeln immer mehr Angehörige des Lehrkörpers sowie Nachwuchswissenschaftler entsprechend der Aufgabenstellung, die das Kollektiv junger Leipziger Physiker, das vor einigen Wochen, am 24. Oktober 1961, einen Brief an Genossen Walter Ulbricht richtete, in diesem Schreiben entwickelt hat: „In Anlehnung an Ihre Worte, was ein guter Deutscher ist, meinen wir:

Ein guter deutscher Wissenschaftler ist nur der, der hilft, den Frieden zu sichern, der gegen das Treiben der Militaristen und Revanchepolitiker auftritt und der aktiv am Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung teilnimmt. Wir sehen in den westdeutschen Wissenschaftlern, die ihre Verantwortung im Kampfe gegen das militaristische und imperialistische westdeutsche Regime erkennen und die entsprechend handeln, unsere wahren Fachkollegen. Wir wollen dazu beitragen, daß alle westdeutschen Wissenschaftler diese hohe Aufgabe erkennen.“

Einzelne erkennen diese hohe Aufgabe schon. Die Göttinger Achtzehn sind unvergessen, von denen sechzehn ihren Appell von 1957 in diesem Jahr bekräftigt haben. Von den Professoren Riemck, Hagemann, Wegner, war schon die Rede. Jetzt stellen sich die Professoren Abendroth, Dueker und Maus an ihre Seite, die sich dem Druck der Wehner und Brandt gegen die Förderergesellschaft für den SDS (Sozialistischen Deutschen Studentenbund) nicht beugen. Aus diesen verschiedenen einzelnen und oft zersplitterten Aktionen wird in dem Maße eine breite, feste und zielklare Bewegung, wie die Akademiker Westdeutschlands erkennen: Friedenspolitik und Gedeihen der Wissenschaft gehören zusammen, und die Heimatstadt dieser Einheit für das ganze deutsche Volk ist die Deutsche Demokratische Republik, die staatliche Repräsentanz des historischen Fortschritts der deutschen Nation.

APPELL NACH MARBURG

Der Erste Sekretär der FDJ-Kreisleitung, Hans Poerschke, richtete in der vergangenen Woche ein Schreiben an den Allgemeinen Studentenausschuss der Philipps-Universität Marburg, in dem es u. a. heißt:

Wir bedauern, daß sich die offiziellen Vertretungen der westdeutschen Studentenschaften - im Gegensatz zum Willen vieler westdeutscher Studenten - bisher nicht gleich uns mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einer Politik widersetzen, die die Initiatoren und Werkzeuge der faschistischen Diktatur in ihren Dienst stellte, die die Fahndungsbefehle der Gestapo an Kämpfern des antifaschistischen Widerstandes wiederum vollstreckten.

Die Entwicklung der Neutronenbombe, die skrupellose Erklärung Trumans, die Versuche mit Atomwaffen an lebenden Menschen zu wiederholen, die unverhüllte und unwiderstehliche gebliebene Forderung des US-Air-Force-Clubs nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetunion und nach Auslösung der atomaren Auseinandersetzung, sobald das militärische Übergewicht auf Seiten der USA liege, beweisen, daß diese Kräfte die Verbrechen Hitlers und seiner Komplizen noch in den Schatten stellen würden, liebe ihnen die Menschheit freien Lauf halten Sie wirklich den Zustand für normal, daß die westdeutschen Studentenschaften nicht wie die Studenten der Welt in der vordersten Reihe der für die nationale Selbstbestimmung, friedliche Koexistenz und sozialen Fortschritt kämpfenden stehen?

Wenn wir es nach wie vor als unsere vornehmste Verpflichtung - gerade auch gegenüber den humanistischen Traditionen der deutschen Studenten von Hutten bis

Wissenschaft im Ausland

Japanische Wissenschaft lebt spartanisch

Mehr als die Hälfte aller japanischen Studenten muß sich während des Studiums durch „Arubaito“ (Studentenarbeit) das nötige Geld selbst verdienen. In den Semesterferien bieten sie sich - wie aus einem DPA-Bericht hervorgeht - als Arbeiter in Kaufhäusern, als Büroboten, ja sogar als Hausgehilfen an. Die japanischen Intellektuellen leben ausgesprochen kärglich. Als Studenten sind sie gezwungen, sich mit einem Minimum an Nahrung zufriedenzugeben und wohnen - in Studentenheimen oder in Privatquartieren - wie in Mönchszellen. Dennoch zahlen sie durchschnittlich für Nahrung und Wohnung mindestens etwa 8000 Yen monatlich (etwa 88 DM). Professoren erhalten ein Durchschnittsgehalt von 84000 Yen (etwa 924 DM) monatlich.

Die staatliche Finanzierung wissenschaftlicher Institute ist so gering, daß dort beschäftigte Wissenschaftler - auch wenn sie Kapazitäten auf ihrem Fachgebiet sind - Nebenarbeit als Dozenten an wenig angesehenen Privatuniversitäten ausüben.

Neokolonialisten entlarvt

Die Studentenvereinigung der Ibbaden-Universität in der nigerianischen Hauptstadt Lagos hat die Ausweisung einer Gruppe von 36 amerikanischen Angehörigen des sogenannten „Friedenskorps“ gefordert, die sie als amerikanische Spione und als Instrumente neokolonialistischer Politik durchschaut hatten.

zu den Geschwistern Scholl - betrachten, unsere großen politischen, ökonomischen und kulturellen Errungenschaften mit aller Kraft zu schützen, verbinden wir damit unsere Hoffnung, daß auch die westdeutschen Studentenschaften sich vom verächtlichen Diktat der Bonner Politik befreien und eine echte nationale Politik betreiben werden.

Es ist doch bezeichnend, daß uns keine Stellungnahme Ihrerseits gegen die friedensbedrohende antidemokratische Politik der Adenauer-Regierung bekannt ist. Aber wenn Ihre Regierung und ihre Macht- und Presseorgane über die Bewahrer des Friedens, der Demokratie und des Humanismus herfallen, dann gilt auf einmal der Grundsatz „vom unpolitischen“ ASTA nicht mehr, dann sind Sie mit von der Partie. Es ist doch bezeichnend, daß Sie sich stets mit solcher Leidenschaft um die Angelegenheiten der Karl-Marx-Universität kümmern, während es Ihnen keinerlei Kopferbrechen wert erscheint, daß als dienstältester Professor Ihrer Universität ein faschistischer Kriegsverbrecher fungiert. Wir halten es jedenfalls für unangebracht, daß uns eine Körperschaft über Demokratie belehren will, deren Mitglieder z. T. den Organisationen angehören, von denen die Marburger Krawalle organisiert werden. Wir wissen uns in Übereinstimmung mit Tausenden Studenten und Wissenschaftlern, wenn wir das Kriterium für aufrechte demokratische Gesinnung in kompromißlosem Kampf gegen die unbewältigte Vergangenheit und ihre Nachfolger sehen.